

ROHSTOFFE – TREIB- UND ZÜNDSTOFF DES GLOBALEN WANDELS

Das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts stand im Zeichen eines rasant steigenden Rohstoffbedarfs. Global betrachtet haben an dieser Entwicklung die aufstrebenden Entwicklungs- und Schwellenländer den größten Anteil. Die Rohstoffversorgung Europas und Deutschlands bleibt gleichwohl existenziell.

Die deutsche NE-Metallindustrie hat sich massiv und mit Erfolg dafür eingesetzt, das politische und gesellschaftliche Problembewusstsein für die Rohstoffproblematik zu stärken. Die traditionell stark von der Versorgung mit Energierohstoffen bestimmte Diskussion hat sich differenziert und wendet sich zunehmend den für den Technologiestandort Deutschland essenziellen strategischen Rohstoffen zu. Die Gründung der Rohstoffagentur und die Bildung einer Unterabteilung Rohstoffe im Bundeswirtschaftsministerium sind Ergebnis der intensiven, von der Industrie angeführten Rohstoffdiskussion.

Die zurückliegende Konjunkturkrise hat die Aufwärtsentwicklungen von Preisen und Nachfrage auf den internationalen Rohstoffmärkten nur für wenige Monate unterbrochen. Bereits in der zweiten Jahreshälfte 2009 setzte sich der langjährige Trend fort. Preiseinbrüche zwischen 50 und 70 Prozent bei wichtigen NE-Metallen im Zeitraum März bis Dezember 2008 wurden bis August 2010 größtenteils überkompensiert. Besonders stark stiegen die Notierungen für Kupfer. Die Zukunftserwartungen der Märkte gehen von weiterem Marktdruck aus. 2010 lagen für wichtige NE-

Metalle die Preise für zukünftige Lieferungen (Futures) deutlich über den aktuellen Marktpreisen. Wesentlicher Faktor auf der Nachfrageseite bleibt China. China dominiert die Nachfrage bei Stahl und allen wichtigen NE-Metallen mit Anteilen zwischen 36 und über 50 Prozent am globalen Verbrauch. Zusätzlich entfällt auf China mehr als die Hälfte des weltweiten Kohleverbrauchs.

Auf der Angebotsseite hinterlässt die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise dagegen deutlich intensivere Spuren. Die Entwicklung neuer Bergbauprojekte leidet unter massiven Kredit- und Liquiditätsengpässen. 2008 erreichten die Explorationsausgaben der großen Minenkonzerne mit mehr als 13 Milliarden US-Dollar ein Spitzenniveau und nährten Hoffnungen auf eine entspannte Marktsituation. 2009 hielten sich die großen Minenkonzerne mit weiteren Investitionen zurück. Zahlreiche Projekte wurden unterbrochen und werden erst jetzt weitergeführt. Damit wird zumindest für den Zeitraum bis 2013 das Rohstoffangebot langsamer wachsen, als vor der Wirtschaftskrise angenommen.

Damit bleibt ein Dilemma der zurückliegenden Jahre auch künftig bestehen: Die Explorationsausgaben reichen nicht aus, den Abstand zwischen Angebots- und Nachfrageentwicklung zu verkürzen, obwohl die derzeit bekannten Reserven und Ressourcen für metallische und mineralische Rohstoffe weder wirtschaftlich noch technisch an Grenzen stoßen. Nach Einschätzung der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) ist die Wahrscheinlichkeit hoch, wirtschaftlich abbaubare neue Rohstoffvorkommen zu finden oder bekannte Vorkommen wirtschaftlich zu nutzen.

ROHSTOFFPOLITIK MIT NEUEM PROFIL

Mit der 2010 gegründeten Rohstoffagentur will die Bundesregierung deutschen Unternehmen den Zugang zu den internationalen Rohstofflagerstätten wieder erleichtern. Neben Marktanalysen und Beratungen über Lieferrisiken können Unternehmen Förderprogramme bei der Diversifizierung von Rohstoffbezugsquellen, Explorations- und Bergbaumaßnahmen sowie Konzessionserwerb und Beteiligungen in Anspruch nehmen: Mit Garantien für Ungebundene Finanzkredite (UFK) unterstützt die Bundesregierung

„Die NE-Metallindustrie kann wichtige Erfolge beim Erhalt der Versorgungssicherheit vorweisen.“

Hans-Gerhard Hoffmann



Auf dem 3. BDI-Rohstoffkongress: (v.l.n.r.): Prof. Hans-Peter Keitel,
Dr. Rainer Brüderle, Pascal Lamy, Ulrich Grillo

förderungswürdige oder im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegende Vorhaben im Ausland. Als förderungswürdig erachtet werden insbesondere Vorhaben, die der Erhöhung der Versorgungssicherheit dienen. Voraussetzung ist, dass auf der Grundlage von langfristigen Lieferverträgen mit inländischen Abnehmern Rohstoffe nach Deutschland verbracht werden, an deren Bezug ein gesamtwirtschaftliches Interesse besteht. Mit Investitionsgarantien im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung werden Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern abgesichert. Diese Garantien bieten Schutz vor politischen Risiken durch staatliche Eingriffe und sind ein wichtiger Baustein der unternehmerischen Risikovorsorge. Hermes-Bürgschaften sollen bei der Erschließung neuer oder schwieriger Märkte helfen, indem sie Exportgeschäfte gegen den Zahlungsausfall ausländischer Kunden absichern. Zusätzlich unterstützt die Bundesregierung projektbezogene Rohstoffpartnerschaften zwischen deutschen Unternehmen und Unternehmen in Rohstoffländern.

Damit enden rund drei Jahrzehnte rohstoffpolitische Zurückhaltung. Die Erkenntnis, dass die Versorgung mit Rohstoffen nicht allein den Marktkräften überlassen werden kann, hat sich durchgesetzt. Auch weiterhin soll und muss die Rohstoffversorgung eine vorrangig unternehmerische Aufgabe bleiben. Die Vielzahl von Störfaktoren entlang der gesamten industriellen Wertschöpfungsketten, besonders im Rohstoffsektor, erfordert ein an die

internationale Realität angepasstes Umdenken. Vor allem Länder mit hohem Rohstoffbedarf oder hohem Rohstoffpotenzial neigen verstärkt dazu, sich über Protektionismus, staatliche Hilfen, Kontrollen bei der Ein- und Ausfuhr sowie durch direktes und indirektes Preisdumping Markt Vorteile oder marktbeherrschende Positionen zu sichern. Nach Angaben der Generaldirektion Handel der EU bestehen derzeit über 1.200 Wettbewerbsverzerrungen auf den internationalen Rohstoffmärkten, davon rund 300 in den Bereichen Metalle und Mineralien.

RISIKEN STEIGEN WEITER

In Deutschland wurden 2009 Rohstoffe im Wert von 17,5 Milliarden Euro gewonnen. Dem standen Importe im Wert von knapp 84 Milliarden Euro gegenüber, ein gutes Fünftel davon entfiel auf Metalle und mineralische Rohstoffe. Während sich Deutschland bei Braunkohle, Baustoffen und einigen Mineralien auf heimische Ressourcen stützen kann, ist das Land bei Metallen und Seltenen Erden nahezu vollständig auf Importe angewiesen. Damit ist ein enger Zusammenhang zwischen Technologieentwicklung und Absicherung der Rohstoffversorgung gegeben. Für 2010 und 2011 steigt der Wert der deutschen Rohstoffeinfuhren aufgrund des Preisanstiegs und der Konjunktorentwicklung vermutlich deutlich an. Zugleich neben die Risiken weiter zu.

Neben den wettbewerbsverzerrenden Markteingriffen großer Produzenten und Konsumenten muss sich die nationale Rohstoff-



→

politik weiteren Herausforderungen stellen: Auf den Rohstoffmärkten agieren zunehmend neue Marktteilnehmer mit vorrangig spekulativen Interessen. Der Wettbewerb um die Entwicklung von rohstoffintensiven Zukunftstechnologien könnte bereits auf die Rohstoffmärkte vorverlagert werden. In diese Richtung weist die Exportkürzung Chinas bei Seltenen Erden um 40 Prozent im Jahr 2010. Hohe Lieferrisiken bestehen durch die zum Teil sehr hohe Konzentration der Gewinnung auf wenige und vielfach politisch instabile Länder.

EUROPA HANDELT GEMEINSAM

Das rohstoffpolitische Problembewusstsein ist deutlich gewachsen: Die Europäische Kommission macht den Abbau von Handels- und Wettbewerbsverzerrungen bei Rohstoffen zwischenzeitlich zu einem festen Bestandteil der bilateralen Verhandlungen mit den betreffenden Ländern. Darüber hinaus will die Europäische Kommission Handelsverzerrungen bei Rohstoffen im Rahmen einer Rohstoffdiplomatie begegnen, die Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik verbindet. So könnte eine längst überfällige Aufwertung der chinesischen Währung wesentlich zur Stabilisierung der internationalen Rohstoffmärkte führen. Ein stärkerer Renminbi würde die Exporte Chinas verteuern, zugleich aber die Inlandsmärkte attraktiver machen und das Wirtschaftswachstum etwas abbremsen. China könnte mit einer starken Währung seine Rohstoffimporte verbilligen und auf umstrittene Maßnahmen der strategischen Rückwärtsintegration seiner Rohstoffindustrien verzichten.

Für den Welthandel ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Zahl und die Verbreitung nationaler Sonderwege drastisch minimiert werden. Gerade bei den Rohstoffen ist die Lösung der Probleme für Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit von entscheidender Bedeutung. Die vielfältigen Handels- und Wettbewerbsverzerrungen auf den internationalen Rohstoffmärkten aufgrund von Marktkonzentrationen sowie von teilweise staatlicherseits verursachten Marktverzerrungen machen deutlich, dass es sich dabei verschärfend um einen asymmetrischen Systemwettbewerb handelt, dem Deutschland und andere export- und technologiestarken aber rohstoffarmen Länder derzeit nur wenig entgegen zu setzen haben. Notwendig sind neue, innovative Ansätze zur Bündelung aller Kräfte, Instrumente, Akteure und Zuständigkeiten. Die Wirtschaft des 21. Jahrhundert braucht eine zeitgemäße Ordnungspolitik, die der Globalisierung Orientierung und Leitplanken gibt.

Die Verantwortung für die Rohstoffversorgung Deutschlands und Europas kann nicht mehr allein das Problem einzelner Unternehmen sein. Sie muss gerecht auf alle Glieder der industriellen Wertschöpfungskette, auf die Politik und andere Wirtschaftszeige, allen voran den Finanzbereich, aufgeteilt werden.

Das von der Bundesregierung gemeinsam mit der Wirtschaft entwickelte und auf dem BDI-Rohstoffkongress im Oktober 2010 vorgestellte Nationale Rohstoffkonzept enthält wesentliche Elemente im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes. Insbesondere das Instrument bilateraler Rohstoffpartnerschaften könnte sich zu einem neuen Ansatz entwickeln. Strategische Rohstoffpartnerschaften benötigen die Flankierung durch die Politik, um mit interessanten Rohstoffländern Vereinbarungen auf Unternehmensebene zu treffen, die von Langfristverträgen bis zur Explorationsbeteiligung reichen können.

ROHSTOFFPOLITISCHER AUSBLICK

Die NE-Metallindustrie blickt auf Erfolge bei der Rohstoffversorgungssicherheit. Für Kupfer und nahezu alle anderen NE-Metalle konnte durch den strategischen Ausbau des Sekundäranteils die Importabhängigkeit vermindert werden, wenn sich auch die Sekundärerzeugung und das Recycling aus historischen und technologischen Gründen unterschiedlich entwickeln. Deutschland sollte angesichts intensiver Handelsverflechtungen zu vielen Rohstoffländern weitere Rohstoffpartnerschaften auf ordnungs- und handelspolitisch fairer Basis auf- und ausbauen. Die politische Flankierung und das Förderinstrumentarium der neuen Rohstoffagentur sind dabei wichtige Hilfen. Die materielle Rohstoffversorgung bleibt Aufgabe der Wirtschaft.

→I

AUS DER ARBEIT DER WVM

SCHLÜSSELTHEMEN:

Rohstoff- und Handelspolitik,
Außenwirtschaftspolitik, Mittelstandspolitik

Ansprechpartner:

Stefan Beißwenger

Wirtschaftsvereinigung Metalle

E-Mail: beisswenger@wvmetalle.de

Telefon: +49 (0) 30 / 72 62 07 - 107

Telefax: +49 (0) 30 / 72 62 07 - 198